

## Grosser Gemeinderat Interlaken

### Protokoll der 2. Sitzung

Dienstag, 18. März 2025, 19:30 Uhr  
Aula Mittengraben, Bildungszentrum Interlaken bzi

Vorsitz        Boss Pia, FDP  
Stimmen-  
zählende     Balmer Marlis, EVP  
                  Aulbach Adrian, Grüne

|                        | <i>weiter anwesend</i>  | <i>abwesend</i>                   |
|------------------------|---|-----------------------------------|
| SP/Grüne/<br>JLB       | Liechti Anja, Thali Irene, Simmler Florian, Scheidegger Patrick, Hänggi Sandra, Michel Ramona, Weinekötter Emily, Züllig Lara May, Moser Manuel |                                   |
| SVP                    | Schenk Daniel, von Allmen Marcel, Wanner Stefan, Roth Andreas, Dummermuth Urs, Baumann Mathias  | Nyffeler Christian                |
| FDP                    | Feller Corinne, Michel Paul, Rügger Roger   | Hong Cham Gil,<br>Marjanovic Emel |
| GLP                    | Nyffeler Manuela, Zürcher Ueli, Foiera Franziska  |                                   |
| EVP                    | Bieri Lukas, Schütz Lorenz  |                                   |
| EDU                    | Reichen Josia   |                                   |
| <i>ohne Stimmrecht</i> |   |                                   |
| JUPA                   |   | Beqiri Yll                        |
| Gemeinde-<br>rat       | Ritschard Philippe, Ritschard Andreas, Amacher Sabrina, Fuchs Nils, Günter Nathalie, Häsler Erich, Uberti Zina                                  |                                   |
| Protokoll              | Iseli Barbara   |                                   |

### Traktanden

7. Protokoll
8. Bericht der Geschäftsprüfungskommission nach den Artikeln 28 und 29 des Geschäftsreglements des Grossen Gemeinderats
9. Verwaltungsbericht 2024
10. Dringliche Motion Nyffeler Manuela / Thali Irene, Bemessung, Verwendung und Vollzug der Kurtaxe (Änderung des Kurtaxenreglements), Beantwortung
11. Postulat Fuchs Oliver / Trafelet Michelle, Zulassung Kutschenführer für kommerzielle Kutschenfahrten, Beantwortung
12. Orientierungen / Verschiedenes

**7            B3.D            Protokolle (Grosser Gemeinderat, Gemeinderat, Organe, Behörden)**

#### Protokoll

Das Protokoll der 1. Sitzung vom 28. Januar 2025 wird stillschweigend genehmigt.

**8**            **B3.01.5**            Geschäftsprüfungskommission**Bericht der Geschäftsprüfungskommission nach den Artikeln 28 und 29 des Geschäftsreglements des Grossen Gemeinderats**

Die Geschäftsprüfungskommission verzichtet auf Ausführungen zum schriftlich vorgelegten Bericht.

Die Diskussion wird nicht verlangt.

**9**            **V4.B**            Statistiken, Verzeichnisse (Verwaltung, Organisation)**Verwaltungsbericht 2024**

Die Geschäftsprüfungskommission hat keine Bemerkungen.

Der Gemeinderat hat den Verwaltungsbericht 2024 schriftlich vorgelegt.

*Lara May Züllig* für die SP/Grüne/JLB, *Franziska Foiera* für die GLP/EVP, *Paul Michel* für die FDP und *Daniel Schenk* für die EDU/SVP danken der Verwaltung für den ausführlichen Bericht und die geleistete Arbeit und äussern sich zusätzlich zu folgenden Punkten:

- *Franziska Foiera* spricht an, dass der Abfall stark zugenommen habe und auch in Zukunft ein Thema sein werde;
- *Daniel Schenk* stellt die Frage, ob der Bericht so ausführlich sein müsse; andererseits sei es ein Nachschlaginstrument, das in Zukunft relevant sein könnte.

**10**            **B3.01.3.1**            Motionen**Dringliche Motion Nyffeler Manuela / Thali Irene, Bemessung, Verwendung und Vollzug der Kurtaxe (Änderung des Kurtaxenreglements), Beantwortung**

Die Geschäftsprüfungskommission hat keine Bemerkungen.

*Gemeindepräsident Philippe Ritschard* verweist auf die schriftliche Antwort. Der Gemeinderat habe versucht, auf die einzelnen Punkte einzugehen. Es sei immer wieder ein Thema, dass das Kurtaxenreglement unter die Lupe genommen werden müsse. Gewisse Wunschvorstellungen seien jedoch nicht möglich. Der Gemeinderat sei auch der Meinung, dass es gewisse Anpassungen im Reglement brauche. Wie diese am Schluss ausfallen würden, sei offen. Der Gemeinderat lasse sich juristisch beraten. Sonst würde man auf der Grundlage von Vermutungen versuchen, irgendwelche Lösungen herbeizuführen. Deshalb beantrage der Gemeinderat, dass die Motion zwar erheblich, aber nicht dringlich erklärt werde. Damit man mehr Zeit habe, um das zu erarbeiten.

*Motionärin Irene Thali* erklärt, sie folgten dem Vorschlag, es sei alles verständlich und sie seien froh, dass das Ganze angegangen werde. Sie betont, dass es nicht um modernes Raubrittertum gehe und um das Geld zu streiten. Sie fände es gut, nach einer langen Zeit mit stückweisen Anpassungen zusammensitzten, zu diskutieren und ein gemeinsames Verständnis zu finden, wo die 50% Gästenutzen lägen. Das werde in der Schweiz überall etwas anders ausgelegt. Sie freue sich auf die Diskussion und sei auf das Resultat gespannt.

*Gemeindepräsident Philippe Ritschard* ergänzt, dass der Gemeinderat eine Offerte für die rechtliche Unterstützung bestellt habe. Wenn diese da sei, brauche es einen Kreditantrag im Gemeinderat und dann könne man starten.

*Paul Michel* stellt fest, auch die FDP sei froh, dass das Thema angegangen werde. Es sei wichtig zu prüfen, ob die öffentliche Hand etwas entlastet werden könnte für die Leistungen, die sie täglich auch für den

Tourismus, fürs Ortsbild und alles Drum und Dran erbringe. Das koste die Steuerzahlenden viel Geld. Der Steuerfuss sei erhöht worden, das komme nicht von ungefähr. Ein Teil dieses Geldes werde auch für den Tourismus, Strassen putzen, Blumenschmuck etc. eingesetzt. Die Kurtaxe sei aber keine Steuer. Also könne man nicht einfach darüber verfügen. Sie sei für den Tourismus gebunden. Das sei auch ein Stück weit richtig so. Aber es schade nicht, einmal die Möglichkeiten zu diskutieren und auszuloten, was ginge und was nicht. Damit die Bevölkerung das Gefühl bekomme, es komme auch etwas zurück. Deshalb würden sie dem Antrag des Gemeinderats folgen und die Motion erheblich erklären.

*Marcel von Allmen* führt aus, dass die SVP die Motion sehr gern unterstütze. Die einheimische Bevölkerung sei belastet vom Tourismus. Man mute der Bevölkerung sehr viel zu, das sei eine Tatsache. Wie erwähnt sei die Kurtaxe keine Steuer, über die frei verfügt werden könne. Er erwähnt das WC Strandbadstrasse, das wohl mehrheitlich vom Tourismus genutzt, aber von den Steuerzahlenden von Interlaken finanziert werde. Da könnte man Hand bieten, wenn das Reglement überarbeitet werde. Deshalb würden sie der Motion bzw. der Erheblichkeitserklärung zustimmen und es begrüssen, dass die Dringlichkeit vom Tisch sei, damit man etwas mehr Zeit habe.

*Gemeindepräsident Philippe Ritschard* berichtigt, die Kurtaxe sei eine freiwillige Gemeindesteuer. Der Kanton gebe der Gemeinde die Kompetenz, eine solche Steuer zu erheben. Diese sei aber zweckgebunden. Es sei wichtig, dass man sich dessen bewusst sei.

*Adrian Aulbach* erwähnt, der GGR sei in der letzten Sitzung informiert worden, dass TOI den Vertrag mit Libero nicht verlängern wolle, dass die Gäste mit der Gästekarte den öV brauchen dürften. Der Fraktion SP/Grüne/JLB sei es ein grosses Anliegen, dies weiterzuführen. Auch wenn der GGR wahrscheinlich keine Befugnis habe zu bestimmen, wofür die Kurtaxe eingesetzt werde, möchte er darauf hinweisen, dass man in dieser Diskussion auf eine Verlängerung hinwirken sollte. Der Individualverkehr sei eine der erheblichsten Belastungen des Tourismus für die Bevölkerung in Interlaken. Entsprechend sei das eine Möglichkeit dort zu lenken. Dass vielleicht auch diejenigen, die mit dem Auto hier seien, dieses das eine oder andere Mal vor dem Hotel stehen liessen, weil sie mit dem öV gratis hinkämen. Damit wäre die Bevölkerung ein Stück weit entlastet. Zudem dürfe der Regionalverkehr gleich wie TOI keine Gewinne machen und anhäufen – jeder Franken, der dort hineinfliesse, komme uns in irgendeiner Form wieder zugute. Entweder durch ein besseres Angebot oder durch tiefere Gemeindebeiträge. Deshalb solle das Libero-Abo für die Touristen und Touristinnen weiterhin gelöst werden.

*Gemeindepräsident Philippe Ritschard* stellt klar, die Bevölkerung bzw. die Gemeinden müssten deswegen nicht mehr für den öV bezahlen. Es seien verschiedene Gefässe, die die Gesamtfinanzierung ausmachten. Ohne den Vertrag mit Libero würde sich an den öV-Punkten für die Gemeinden nichts ändern. Es könne höchstens sein, dass einmal das Angebot etwas zurückgefahren werde, weil die Auslastung nicht mehr gleich sei.

*Ratspräsidentin Pia Boss* fragt bei den Motionärinnen nach betreffend Dringlichkeit.

*Motionärin Manuela Nyffeler* erklärt, sie seien mit dem Vorgehen, das der Gemeinderat vorschlage, einverstanden und fänden es sinnvoll, auf die Dringlichkeit zu verzichten, damit man genug Zeit habe für das Reglement bzw. mögliche Anpassungen.

### **Beschluss:**

Die Motion Nyffeler / Thali, Bemessung, Verwendung und Vollzug der Kurtaxe (Änderung des Kurtaxenreglements), wird erheblich erklärt.

(mit 26 Stimmen)

## 11            B3.01.3.2            Postulate

**Postulat Fuchs Oliver / Trafelet Michelle, Zulassung Kutschenführer für kommerzielle Kutschenfahrten, Beantwortung**

Die Geschäftsprüfungskommission hat keine Bemerkungen.

*Gemeinderat Nils Fuchs* verweist auf die schriftliche Antwort. Der Gemeinderat sehe keine Notwendigkeit für eine Reglementsänderung. Die im Postulat gestellten Fragen habe er beantwortet.

Um eine Kutsche zu fahren, müsse man 14 Jahre alt sein. Das sei die Grundlage. Für die Personenbeförderung erlaube das übergeordnete Recht, ein Reglement zu erlassen. Interlaken habe – wie wohl die meisten Gemeinden mit Kutschen – eine Bewilligungspflicht. Gstaad und Arosa hätten ebenfalls eine. Die Bewilligungsnehmenden würden mit ihrem Gesuch garantieren, dass sie die Voraussetzungen erfüllen für einen reibungslosen Betrieb, dass ihnen die Tierschutzvorgaben und das Strassenverkehrsgesetz bekannt seien und sie sich daran halten würden, sie gäben einen Strafregisterauszug ab und eine Bestätigung der Haftpflichtversicherung. Das sei die Kontrolle, welche die Gemeinde durchführe. Die weitergehende Kontrolle erfolge durch die zuständigen Behörden: Die Kantonspolizei kontrolliere den fahrenden Verkehr, und das Amt für Veterinärmedizin (AVET) decke den Tierschutz ab. Die monierten Verstösse gegen das Strassenverkehrsgesetz seien schon heute verboten und würden von der Kapo entsprechend geahndet. Da könne die Gemeinde auch mit einem Kutschenreglement oder einem Gemeindepolizeireglement nichts ändern. Für Tierschutzkontrollen komme das AVET regelmässig vorbei, insbesondere auch dann, wenn es Meldungen gebe. Die Meldungen würden ernst genommen. Man habe aber feststellen müssen, dass diese häufig nicht nur wegen der Tiere erfolgten. Das AVET sei die Fachstelle, die Gemeinde habe keine Tierschutz-Spezialisten. Die Beurteilung des AVET sei für die Gemeinde nachvollziehbar und massgebend. Die Gemeinde verlasse sich darauf, was das Amt für Veterinärmedizin sage. Dieses beurteile die Situation in Interlaken als problemlos. Die Fachleute des AVET würden regelmässig Gespräche führen, wenn sie vor Ort seien, und Kutschenführer auf Verbesserungsmöglichkeiten aufmerksam machen, aber gesamthaft gesehen sei die Tierschutzsituation in Interlaken problemlos. Für weitergehende Massnahmen, welche die Gemeinde in einem Reglement aufnehmen könnte, müsste jeweils im Einzelfall geprüft werden, ob die Massnahme umsetzbar sei, ob sie verhältnismässig sei, je nachdem auch im Austausch mit übergeordneten Stellen, ob man das so ins Reglement nehmen könne. Grundsätzlich wäre es möglich, irgendwelche kreativen Sachen reinzunehmen. Man müsse aber das Kosten-Nutzen-Verhältnis im Blick behalten. Jede Kontrolle koste Personalressourcen, es brauche das entsprechende Fachwissen, um zu beurteilen, ob die im Reglement gesetzte Voraussetzung erfüllt sei, und schlussendlich sei jede Bestimmung nur so gut, wie sie auch kontrolliert werden könne. Ein überladenes Reglement, das mangels Fachwissen und Zeit niemand kontrollieren könne, bringe nichts. Das Fazit sei, dass der Gemeinderat aufgrund der nachvollziehbaren Beurteilung des AVET, dass man tierschutzmässig kein Problem habe, keine Notwendigkeit für eine Reglementsänderung sehe. Was unter das Strassenverkehrsgesetz falle, sei bereits heute strafbar. Da könne man darüber diskutieren, ob man mehr Kantonspolizisten einkaufen wolle. Bei anderen Gemeinden mit Kutschen wie Arosa und Gstaad gebe es auch nur eine Bewilligungspflicht, ohne weitergehende Prüfung. Deshalb sei der Gemeinderat der Meinung, die Situation zu belassen wie sie sei und das Postulat nicht erheblich zu erklären. Die Fragen seien beantwortet worden.

*Paul Michel*, als erster im Rat vertretener Mitunterzeichner, dankt dem Gemeinderat für die ausführliche Antwort. Für ihn sei aufgrund der Ausführungen klar, dass kein grosser Handlungsbedarf bestehe. Persönlich erachte er die Problematik nicht als dramatisch. Zudem wäre nicht nur die Gemeinde Interlaken betroffen, da die Kutschen auch durch Matten und Unterseen führen.

Die FDP-Fraktion sei der Meinung, das Postulat nicht erheblich zu erklären. Man könnte vielleicht der Kantonspolizei einen Wink geben, dass sie die fehlbaren Kutschenführer einmal zur Rechenschaft zöge. Wenn diese ein, zwei Mal gebüsst würden, spreche sich das wahrscheinlich rum und dann höre es auf.

*Andreas Roth* erläutere, die Fraktion EDU/SVP sei ebenfalls der Meinung, das Postulat nicht erheblich zu erklären. Grundsätzlich seien sie dagegen, immer mehr zu reglementieren und zu verbieten. Es sei eine Politikerkrankheit zu meinen, man könne ein neues Gesetz machen und dann seien die Probleme gelöst. Wie bereits gesagt müssten Gesetze auch kontrolliert werden, das brauche Leute und Wissen. Das

würde nur den Staatsapparat aufblähen. Man müsse grundsätzlich aufpassen, nicht alles regulieren zu wollen.

*Ramona Michel* erklärt, die SP/Grüne/JLB würden ebenfalls dem Antrag des Gemeinderats folgen, das Postulat als nicht erheblich zu erklären. Sie sähen aber auch, dass Bund und Kantone keinen Handlungsbedarf sähen, doch Interlaken stelle eine Ausnahmesituation dar. Deshalb würden sie ordnungsgemäss unter Verschiedenem eine einfache Anfrage zu diesem Thema stellen.

### **Beschluss:**

Das Postulat Fuchs / Trafelet, Zulassung Kutschenführer für kommerzielle Kutschenfahrten, wird nicht erheblich erklärt.

(einstimmig)

**12**            **B3.E**            Orientierungen, Verschiedenes (Behörden und Organe, politische Aktivitäten)

### **Orientierungen / Verschiedenes**

#### **Wortmeldungen aus dem Gemeinderat**

*Gemeindepräsident Philippe Ritschard* informiert, dass das neue Verkehrsgutachten, das in Zusammenhang mit der Überbauungsordnung Nr. 23 «IBI-Areal» im Dezember nochmals erstellt wurde, auf der Webseite unter [www.interlaken-gemeinde.ch/gemeinde-interlaken/aktualitaeten/projekte](http://www.interlaken-gemeinde.ch/gemeinde-interlaken/aktualitaeten/projekte) bei den Unterlagen zur Überbauungsordnung aufgeschaltet sei.

*Gemeindepräsident Philippe Ritschard* informiert weiter, dass es im Sommer zwei Tiny Houses geben werde auf dem Des Alpes-Areal, hinter dem Restaurant. Das Gesuch sei von der Standortförderung Wirtschaftsraum Interlaken eingegangen, die einen Versuch machen möchte. Der Gemeinderat habe dem Versuch zugestimmt und werde im Herbst evaluieren, ob das eine Übernachtungsmöglichkeit für die Zukunft wäre. Es sei ein Provisorium mit zwei Tiny Houses als Pop up-Unterkunft für maximal drei Monate. Die Standortförderung habe das zusammen mit einem Schreiner entwickelt.

*Gemeindepräsident Philippe Ritschard* informiert zudem, dass im letzten Herbst in Zusammenhang mit der Motion Trafelet / Daumüller ein Thema war, Daten einzukaufen für die Kontrolle der Unterkünfte, zu Plausibilisierungszwecken. Die ersten Abklärungen hätten den Gemeinderat nicht überzeugt. Da die Diskussion im GGR sehr animiert gewesen sei, hätten sie das nochmals aufgegriffen. Er habe zusammen mit dem Bauverwalter bei der Tourismusorganisation das Produkt anschauen können. Sie seien nun der Meinung, dass ein solcher Versuch für ein Jahr gemacht werden solle. Der Gemeinderat würde einen Kredit sprechen, der tiefer sei als ursprünglich angenommen. Der Datenaustausch zwischen den Institutionen sei nicht möglich, da es sich um vertrauliche Informationen handle, weshalb man selbst ein solches Instrument brauche. Es gehe darum, gewisse Abgleichungen machen zu können zwischen dem, was deklariert sei, und dem, was effektiv vorhanden sei. Es sei sehr aufschlussreich.

*Gemeinderätin Nathalie Günter* informiert über das Des Alpes Restaurant. Erich Häsler und sie seien neu seitens Gemeinderat Ansprechpersonen. Sie hätten das Gespräch gesucht und dabei erfahren, dass die Restaurant-Pächter einen Untermieter für den Pavillon suchten – und mittlerweile auch gefunden hätten. Der neue Untermieter sei die Food Point 02 GmbH aus Lauterbrunnen. Diese würden ein Take-Away anbieten, was der Wunsch des Hauptpächters gewesen sei, damit es keine Konkurrenz gebe. Sie seien wie der Hauptpächter an die Umsatzmiete gebunden.

*Gemeinderat Nils Fuchs* informiert im Sinne einer Vollzugsmeldung in Sachen Stellplätze und Camping. Ab nächstem Monat gelte ein Nachtparkverbot. Sie hätten nun in Angleichung an die umliegenden Gemeinden die Bussenhöhe für eine solche Übernachtung auf CHF 200 festgelegt. Das werde auf Plakaten

bekannt gegeben, wo es allenfalls in Frage komme. Das sollte hoch genug sein, dass es nicht dazu anmiere.

## Neue parlamentarische Vorstösse

G-Nr. Int.2025-0060

### Motion Rüeegger, Optimierung des Verkehrsflusses an der Bahnhofstrasse

*Ratssekretärin Barbara Iseli* verliest die von Roger Rüeegger, FDP, und 16 Mitunterzeichnenden eingereichte Motion «Optimierung des Verkehrsflusses an der Bahnhofstrasse»:

«Der Gemeinderat wird aufgefordert, Massnahmen zur Verbesserung des Verkehrsflusses an der Kreuzung Bahnhofstrasse - Kanalpromenade - Fabrikstrasse zu erlassen und dem GGR eine Änderung des heutigen Zustandes vorzuschlagen. Insbesondere soll verhindert werden, dass der Verkehr durch haltende Busse an der Haltestelle H regelmässig minutenlang blockiert wird.

Die Aufhebung der Haltestelle H und verschieben auf eine andere Haltestelle muss zwingend in der Lösung enthalten sein. Wenn der Gemeinderat andere Möglichkeiten sieht, wie die Situation noch zusätzlich verbessert werden kann, sind diese ausdrücklich erwünscht.

Der Gemeinderat soll dem GGR einen Lösungsvorschlag unterbreiten und aufzeigen, was in welcher Zeit und zu welchen Kosten gemacht werden muss, damit die heutige unbefriedigende Situation entschärft werden kann.»

G-Nr. Int.2025-0071

### Anfrage Daniel Schenk, Unbefriedigende Abfallsituation im Bereich Jungfraustrasse, Unionsgasse und Amman-Hofer-Platz

*Daniel Schenk* erklärt, er sei diesbezüglich von einem dort tätigen Gewerbetreibenden kontaktiert worden. Dieser habe sich bereits mit dem Gemeinderat in Verbindung gesetzt, fände die Antworten jedoch unbefriedigend. Daniel Schenk meint, man wisse, wer die Verursacher seien, man könne symptomatisch vorgehen und die Abfallkübel häufiger leeren, oder man könne es ursächlich angehen und schauen, dass man das verhindern könne. Deshalb seine Frage, was der Gemeinderat beabsichtige hinsichtlich dieser Problematik.

*Gemeinderätin Sabrina Amacher* antwortet, sie hätten das mit dem Gewerbetreibenden besprochen und erklärt, dass es rechtlich gesehen schwierig sei. Man könne zwar die Abfallsäcke durchsuchen, aber es habe gerade von Airbnb meist keine Adressen drin, damit man jemanden büssen könnte. Man könne nicht irgendjemanden büssen. Sie erachte die Abfallsituation dort nicht als grosses Problem. Die vollen Abfallkübel seien meistens unten noch leer und nur oben verstopft. Grössere könne man nicht hinstellen, sonst hätte es noch mehr Haushaltabfall drin. Rechtlich könne man nicht sehr viel machen. Man könnte häufiger putzen und leeren, aber das habe einen Preis. Sie stimmt Daniel Schenk zu, der einwirft, das sei reine Symptombekämpfung.

*Werkhofchef Andreas Michel* stimmt zu, dass es unbefriedigend sei. Aber seitens SVP sei vorhin vorgebracht worden, man wolle nicht alles reglementieren. Wo solle man anfangen? Er weist darauf hin, dass sie mit dem Gewerbetreibenden eine gute Diskussion gehabt hätten. Dieser sei sich gewisser Sachen nicht bewusst gewesen. Es seien auch Falschinformationen in Umlauf. Sie seien 7 Tage die Woche unterwegs und gäben ihr Möglichstes. Aber wenn sie Kehrichtsäcke öffneten und keine Adressen fänden, könnten sie niemanden anzeigen. Er könne auch nicht Privaten sagen, was sie auf ihrem Grundstück hinstellen dürften oder nicht. Die Fotos, die der Gewerbetreibende geschickt habe, seien einfach zu erklären: an jenem Tag habe die Abfuhr in der Jungfraustrasse erst nach 10 Uhr stattgefunden, weil sie zuerst die Harderstrasse hätten räumen müssen, wo sie wegen einer Betonpumpe später nicht mehr durchfahren konnten. Der Gewerbetreibende habe das verstanden. Sie seien 7 Tage in der Woche unterwegs, in der Sommersaison von morgens um 7 Uhr bis abends um 22 Uhr. Er sehe wie in ganz Interlaken kein Kehrichtproblem.

*Daniel Schenk* dankt für die Ausführungen. Es stimme, zum Teil. Er ergänzt, wo er wohne gebe es ein Airbnb, mit dem sie lange ein Abfallproblem gehabt hätten. Er sei auf den Besitzer zugegangen, habe das

mit ihm besprochen und ihm gesagt, was er von dessen Gästen erwarte. Seither klappe es. Die Gemeinde könnte die Beherbergenden aktiv anschreiben und sie auf das Abfallreglement hinweisen, das eingehalten werden müsse.

*Werkhofchef Andreas Michel* gibt ihm recht, das würden sie auch machen. Sie würden anschreiben, diskutieren, er gehe vorbei. Es gebe aber teilweise ein Sprachproblem.

G-Nr. Int.2025-0071

Anfrage Ramona Michel, Kutschen

*Ramona Michel* fragt, ob gewisse Bedingungen an die Nutzung eines Kutschenstellplatzes geknüpft werden könnten. Zum Beispiel, ob die Kutschenfahrer eine Bewilligung haben müssen oder einen Fahrausweis, um die Stellplätze nutzen zu können. Oder eine Nutzungsdauer, abhängig von der Zeit?

*Gemeinderat Nils Fuchs* antwortet, dass ein Stellplatz von denen genutzt werden könne, die eine Kutschenbewilligung hätten. Es sei möglich, Bedingungen daran zu knüpfen. Man habe bereits eine Bewilligungspflicht und verlange Unterlagen. Es stelle sich die vorher besprochene Problematik der Kontrolle, der Nachvollziehbarkeit dieser Regeln. Man könne schon ein zusätzliches Brevet, eine zusätzliche Prüfung verlangen. Die Frage sei, ob das etwas bringe, im Verhältnis zum Kontrollaufwand. Vorschriften etwa betreffend Temperatur oder Aufenthaltsdauer müssten kontrolliert werden, das brauche Ressourcen. Sie sähen grosse Probleme in der Umsetzung und zu wenig Probleme in der vorliegenden Situation, die das rechtfertigen würden. Die kurze Antwort sei Ja.

G-Nr. Int.2025-0071

Anfrage Ueli Züricher, Stellplatz

*Ueli Züricher* spricht an, dass Gemeinderat Nils Fuchs vorhin verkündet habe, dass jetzt dann eine Busse von 200 Franken ausgesprochen werde, wenn jemand falsch parkiere und übernachtete. Er begrüsse das, man schaffe damit eine klare Regel. Aber was sei nun die Option? Wie weit sei der Gemeinderat mit dem Stellplatz? Was laufe da? Vielleicht könnte man den TOI einschalten.

*Gemeinderat Nils Fuchs* antwortet, sie seien mit den umliegenden Gemeinden bis nach Bönigen am Eruien von möglichen Plätzen. Man habe offene Türen ingerannt bei den anderen Gemeinderäten. Das Problem sei also erkannt. Das grosse Problem, das sich stelle, sei die Zonenkonformität. Man könne nicht einfach irgendwo einen Stellplatz eröffnen. Dieser müsse in aller Regel baubewilligt sein, und müsse dementsprechend zonenkonform sein. Die ersten Abklärungen bei den Bauverwaltungen seien am Laufen. Sobald diese zusammengetragen seien, würde das Ganze – selbstverständlich unter Einbezug der TOI – weiterbearbeitet. Sobald er etwas Handfestes habe, komme er gerne damit ins Parlament.

G-Nr. Int.2025-0072

Anfrage Roger Rüeeggger, Tartanbahn bzi

*Roger Rüeeggger* erklärt, er sei von mehreren Sportvereinen angefragt worden, was die Gemeinde bei der Tartanbahn beim bzi zu machen gedenke. Er stelle die Frage nun dem Gemeinderat. Die Tartanbahn sei in die Jahre gekommen. Wenn man die Startblöcke rausnehme, löse sich Tartan ab. Jetzt möchte er fragen, ob irgendetwas vorgesehen sei, um die Erneuerung der Tartanbahn zu unterstützen. Ob seitens Gemeinderat diesbezüglich schon einmal etwas gegangen sei.

*Ratspräsidentin Pia Boss* dankt für die kurze und konstruktive Sitzung und schliesst die Sitzung mit dem Hinweis auf die nächste am 6. Mai 2025.

Schluss der Sitzung: 20:15 Uhr

Die Präsidentin

Die Sekretärin

Die Stimmzählenden